

Rahmendienstvereinbarung

Zur Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) bei der Stadt Osnabrück

zwischen
der Stadt Osnabrück
vertreten durch die Oberbürgermeisterin

und
dem Gesamtpersonalrat der Stadt Osnabrück
vertreten durch den Vorsitzenden

wird auf Grundlage des § 78 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz (NPersVG)
die nachfolgende Dienstvereinbarung geschlossen:

1. Grundsätzliches

- (1) Die Stadt Osnabrück – vertreten durch die Oberbürgermeisterin – und der Gesamtpersonalrat der Stadt Osnabrück – vertreten durch den Vorsitzenden – vereinbaren mit dieser Rahmendienstvereinbarung (RDV) die Einführung, Nutzung und Weiterentwicklung von KI-Systemen bei der Stadt Osnabrück. Die Stadt Osnabrück und der Gesamtpersonalrat sind sich einig, dass die Regelungen existierender Dienstvereinbarungen durch diese RDV nicht eingeschränkt werden, es sei denn, dass in dieser RDV explizit auf ein geändertes Verfahren hingewiesen wird.
- (2) KI-Systeme besitzen das Potential, die Effizienz und Qualität die Verwaltungsprozesse maßgeblich zu optimieren sowie vielfältige Abläufe innerhalb der Stadtverwaltung zu unterstützen und teilweise zu automatisieren. Gleichzeitig ist es unabdingbar, klare Richtlinien und Vorgaben festzulegen, um einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit der KI durch die Mitarbeitenden sicherzustellen und gleichzeitig die Einhaltung rechtlicher sowie ethischer Vorgaben zu gewährleisten.

2. Geltungsbereich

Diese Rahmendienstvereinbarung gilt für alle Mitarbeitenden der Stadt Osnabrück einschließlich ihrer Eigenbetriebe.

3. Zielsetzung

Ziel dieser RDV ist es, die berechtigten Interessen der Stadt Osnabrück und ihrer Mitarbeitenden bezüglich des Einsatzes von KI bei der Stadt Osnabrück in Einklang zu bringen. Die vorliegende Dienstvereinbarung regelt darüber hinaus die Grundsätze, die bei der Einführung, Anwendung und Änderung von KI-Systemen zu beachten sind. Die vorliegende Dienstvereinbarung soll ferner die verantwortungsvolle Nutzung von KI-Systemen durch die Mitarbeitenden der Stadt Osnabrück und ihrer Eigenbetriebe sicherstellen.

4. Begriffsbestimmungen

Eine Künstliche Intelligenz (KI) oder ein KI-System ist ein maschinengestütztes System, das so konzipiert ist, dass es mit unterschiedlichem Grad an Autonomie operieren kann und nach dem Einsatz Anpassungsfähigkeit zeigen kann, und das für explizite oder implizite Ziele aus den Eingaben, die es erhält, ableitet, wie es Ergebnisse wie Vorhersagen, Inhalte, Empfehlungen oder Entscheidungen erzeugen kann, die physische oder virtuelle Umgebungen beeinflussen können.¹

Etwas anders formuliert bezieht sich KI auf Technologien, die es Computern ermöglichen, Aufgaben auszuführen, für die sie nicht explizit programmiert wurden. Diese Technologien verwenden Algorithmen und Daten, um Muster zu erkennen, Entscheidungen zu treffen und Probleme zu lösen, ohne dass dabei explizite Anweisungen jedes Mal gegeben werden müssen.

Künstliche Intelligenz bietet ein großes Potenzial, um die Effizienz und Wirksamkeit von Verwaltungsprozessen zu verbessern. Durch die Automatisierung von Aufgaben, die Analyse von Daten und die Bereitstellung intelligenter Services kann KI dazu beitragen, die Verwaltung effektiver und bürgernäher zu gestalten. Es ist jedoch wichtig, die potenziellen Herausforderungen und Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung von KI zu berücksichtigen und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu bewältigen.

¹ Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (KI-Verordnung), ABl. L 168, 12.7.2024.

5. Nutzung / Anwendungsbereich

5.1 Allgemeine Regelungen

Der Anwendungsbereich kann variieren und wird in dem jeweiligen Szenario (siehe Anlagen) beschrieben. Die Nutzung erfolgt ausschließlich für dienstliche Zwecke.

5.2 Freigabe & Nutzungszweck

- (1) Die Nutzung und der dazugehörige Umfang wird für jedes KI-System in einer dedizierten Anlage inkl. zugehörigen Nutzungsanweisung beschrieben. Basierend darauf muss das System im Zuge des bestehenden Softwarefreigabeverfahren (siehe IT-Dienstanweisung) unter Beteiligung der jeweiligen Dienststellen freigegeben werden.
- (2) Die Interessenvertretungen werden rechtzeitig und umfassend bei der Planung von der KI-Einsätzen, von der einsetzenden Dienststelle informiert. Dies umfasst den Technikeinsatz und die Änderungen von Arbeitsprozessen.
- (3) Sofern Arbeitsprozesse, -inhalte, -bedingungen durch den Einsatz von KI verändert werden, gestaltet und wirkt die Interessenvertretung mit. Dies betrifft insbesondere den Arbeitsplatzwegfall durch den Einsatz von KI (Automatisierung von Tätigkeiten).
- (4) Vor der Einführung von neuen KI-Anwendungen muss zunächst eine vorgehende Betrachtung und Einstufung des Risikoniveaus des jeweiligen KI-Systems erfolgen. Basierend darauf muss das System im Zuge des Softwarefreigabeverfahren (siehe IT-Dienstanweisung) unter Beteiligung der jeweiligen Dienststellen (u.a. IT, Datenschutz, Personalrat, Interessensvertretungen) freigegeben werden. KI-Systeme dürfen im dienstlichen Kontext nur für den freigegebenen Zweck (siehe jeweilige Anlage) genutzt werden (z.B. zur Generierung von Textvorschlägen für z.B. interne Meldungen, Antworten auf Anfragen nach Informationen etc.).
- (5) Die Stadt Osnabrück folgt dem risikobasierten Ansatz der EU KI-Verordnung und unterteilt die KI-Anwendungen in folgende vier Risikoklassen und einer Sonderklasse für sogenannte GPAI-Modelle.
 - inakzeptables Risiko („unacceptable risk“) ■ solche Systeme sind verboten (z. B. social scoring oder Emotionserkennung am Arbeitsplatz)

- **hohes Risiko („high risk“):** Für diese Systeme gelten strenge Vorschriften u. a. hinsichtlich ihrer Qualität, der Protokollierung für die Rückverfolgbarkeit der Ergebnisse und Anforderungen an menschliche Aufsichtsmaßnahmen.

Davon erfasst werden Technologien wie autonomes Fahren, medizinische Diagnosen oder Sicherheitssysteme.

Kritische Infrastrukturen: KI, die als Sicherheitskomponente und damit unmittelbar dem Schutz der physischen Integrität spezieller kritischer Infrastrukturen oder der Gesundheit und Sicherheit von Personen und Gütern dient, wird als Hoch-Risiko-KI eingestuft.

- **begrenztes Risiko mit Transparenzanforderungen („transparency risk“):** Für diese Systeme gelten insbesondere spezifische Transparenzverpflichtungen, so dass die Nutzenden darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie mit einer Maschine interagieren. Dies betrifft etwa Chatbots.
 - **geringes Risiko („low risk“):** Hier ist die freie Nutzung erlaubt. Dazu gehören z. B. KI-fähige Videospiele oder Spamfilter.
 - **KI-Modelle für allgemeine Zwecke („GPAI-Modelle“):** Bei dieser Art von Systemen wird zwischen Modellen mit und ohne systemisches Risiko unterschieden.
- (6) Bei KI-Modellen für allgemeine Zwecke (GPAI-Modelle) muss zunächst ein eindeutiger Verwendungszweck sowie ein eindeutiger Verwendungsausschluss festgelegt werden, da diese Modelle in der Regel ein breites Anwendungsspektrum aufweisen und ohne klare Zweckbestimmung potenzielle Risiken im Umgang entstehen können. Die Nutzung und der dazugehörige Umfang muss daher für jedes KI-System dieser Risikoklasse in einer dezidierten Anlage inkl. einer zugehörigen Nutzungsanweisung beschrieben werden (z.B. zur Generierung von Textvorschlägen für genau festgelegte Themen- bzw. Nutzungsbereiche).
- (7) Ethik und Integrität spielen beim Einsatz von KI-Systemen eine wesentliche Rolle. Es ist wichtig, dass die KI-Systeme in einer Weise verwendet werden, die die Menschenwürde, Menschenrechte und demokratischen Werte respektiert und fördert. Daher muss jedes KI-System vor der Einführung neben der Rechtskonformität auf die ethischen Auswirkungen hin abgeschätzt werden. Je nach Ergebnis der Abschätzung ist in der Folge dementsprechende Transparenz über das System zu schaffen und fortlaufend zu dokumentieren. Mitarbeitende, die mit KI-Systemen arbeiten, müssen ein grundlegendes Verständnis für die Funktionsweise haben.

- (8) KI-Systeme, die ein nicht akzeptables Risiko aufweisen (Siehe Abs. 5, Risikokategorie „unacceptable risk“), werden zu keinem Zeitpunkt bei der Stadt Osnabrück zum Einsatz kommen.

5.3 Übersicht freigebender Systeme und Ansprechpersonen

Eine aktuelle Übersicht der freigegeben Systeme befinden sich im Anhang und zudem können beantragbare KI-Systeme in der Verwaltung.Digital.Erleben-Community im [Bereich KI](#) eingesehen werden.

6. Leistungs- und Verhaltenskontrolle

- (1) Eine Anwesenheits-, Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Mitarbeitenden ist ausgeschlossen.
- (2) Die durch eingesetzte KI-Systeme verarbeiteten Daten werden nicht zum Zwecke der Verhaltens- und/oder vergleichenden, bewertenden Leistungskontrolle, zur Beurteilung und Auswertung bezogen auf eine/n Mitarbeitende/n oder eine Gruppe von Mitarbeitenden eingesetzt.

7. Schulungen/Unterrichtungen

- (1) Die unmittelbare Führungskraft stellt sicher, dass die Mitarbeitenden im Umgang (Nutzung und Weiterentwicklung) mit den KI-Systemen geschult werden. Die Schulungen sind vor Einführung der KI-Systeme durchzuführen.
- (2) Das Referat Digitalisierung und IT stellt sicher, dass Mitarbeitende über die Regelungen dieser Dienstvereinbarung unterrichtet sind.

8. Grundsatz der automatisierten Letztentscheidung

- (1) KI-Systeme dienen der Unterstützung von Mitarbeitenden. Sie ersetzen nicht die menschliche Interaktion oder das Fachwissen der Mitarbeitenden.
- (2) Entscheidungen mit Rechtswirkung dürfen gemäß Art. 22 Abs. 1 DS-GVO grundsätzlich nur von Menschen getroffen werden. Erstellt eine KI-Anwendung Vorschläge mit Rechtswirkung, muss das Verfahren so gestaltet werden, dass der entscheidenden Person ein tatsächlicher Entscheidungsspielraum zukommt und dieser nicht nur formell besteht.
- (3) In diesem Zusammenhang ist ein vollständig automatisierter Erlass eines Verwaltungsakts, welcher in § 35a VwVfG geregelt ist, nur dann zulässig, wenn es

sich um eine gebundene Entscheidung handelt und eine ausdrückliche Ermächtigungsgrundlage besteht.

Liegen die Voraussetzungen eines automatisierten Verwaltungsaktes vor, gilt der Art. 22 Abs. 1 DS-GVO gemäß Art. 22 Abs. 2 lit. b DS-GVO nicht. Verfügt der Mitarbeitende jedoch über einen Beurteilungsspielraum oder übt Ermessen aus, scheidet der vollständig automatisierte Erlass durch den Einsatz einer KI-Anwendung aus.

9. Haftungsfragen

Die Haftung bei der Nutzung von KI-Systemen entspricht der generell geregelten Haftung beim Einsatz von Informationstechnologie im dienstlichen Kontext. Es gelten die bisherigen Regelungen in unveränderter Weise auch für KI-Systeme.

10. Evaluationszeitraum

Die vorliegende RDV wird nach spätestens zwei Jahren ab dem Inkrafttreten einer Evaluation durch die Beteiligten Parteien unterzogen. Gegebenenfalls werden zwischenzeitlich aufgetretene Änderungen des rechtlichen bzw. des technologischen Umfeldes berücksichtigt.

11. Schlussvorschriften

- (1) Verstöße gegen diese Dienstvereinbarung können disziplinar- und arbeitsrechtliche Folgen haben.
- (2) Diese Dienstvereinbarung tritt zum 01.06.2025 in Kraft. Sie kann nach § 78 Abs. 4 S. 1 NPersVG mit einer Frist von vier Monaten gekündigt werden.
- (3) Die Durchführungsregelungen dieser Dienstvereinbarung verpflichten die mit der Durchführung betrauten Mitarbeitenden wie allgemeine Dienstanweisungen.
- (4) Sollten einzelne Regelungen dieser Dienstvereinbarung unwirksam sein oder werden, insbesondere gegen tarifliche oder gesetzliche Regelungen verstoßen, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen bestehen. Die unwirksame Regelung ist durch eine Regelung zu ersetzen, die dem von den Parteien gewollten Regelungsziel am nächsten kommt.

Osnabrück im Mai 2025

Stadt Osnabrück
Die Oberbürgermeisterin

Gesamtpersonalrat der
Stadtverwaltung Osnabrück

Anlagen:

- Anlage 1: Checkliste KI-Systeme
- Anlage 2: KI-Plattform Anweisung Allgemeiner Chat
- Anlage 3: KI-Plattform Anweisung Anwendung IT-Knowledge Base Chat
- Anlage 4: KI-Plattform Anweisung Anwendung Bürgerforen Chat